

Amadeus Marzai

Koloniale Nachwehen: Der Kampf um Kaschmir

Ein brutaler Terroranschlag riss am Nachmittag des 22. April das idyllische Baisaran-Gebirgstal im von Indien kontrollierten Teil Kaschmirs aus seiner Ruhe. Es war der Beginn einer rapiden Eskalation im seit jeher angespannten indisch-pakistanischen Verhältnis und könnte sogar zum Ausgangspunkt eines größeren Krieges zwischen den beiden Nuklearmächten werden. Was war geschehen?

Am helllichten Tag drangen fünf mit Maschinengewehren bewaffnete Angreifer durch die dichten Nadelwälder auf eine abgelegene, als beliebtes Ausflugsziel genutzte Bergwiese nahe der Kleinstadt Pahalgam vor und eröffneten das Feuer auf hunderte indische Touristen und lokale Touristenführer. Die Angreifer, von denen bislang jede Spur fehlt, nahmen dabei gezielt Hindu-Männer ins Visier – unter anderem indem sie die Angegriffenen aufforderten, das islamische Glaubensbekenntnis aufzusagen. Wenn sie dazu nicht in der Lage waren, wurden sie erschossen. 28 Männer wurden getötet und mehrere Dutzende verletzt, fast alle von ihnen stammten aus dem indischen Kernland. Indien macht Pakistan für den Anschlag verantwortlich, während die pakistanische Regierung alle Vorwürfe von sich weist.

Es war der schwerste Angriff auf indische Zivilisten seit den verheerenden Terroranschlägen von Mumbai im Jahr 2008. Damals hielten zehn schwerbewaffnete Kämpfer der pakistanischen Terrororganisation Lashkar-e-Taiba (LeT), welche enge Verbindungen zum pakistanischen Geheimdienst unterhält, die Millionenmetropole meh-

rere Tage lang in Atem und töteten 166 Menschen. Für den jüngsten Angriff übernahm eine obskure, in Kaschmir operierende LeT-Splittergruppe unter Verweis auf die dortige indische Bevölkerungspolitik die Verantwortung, revidierte dieses Bekenntnis jedoch kurze Zeit später.

Noch immer sind viele Fragen rund um den Anschlag von Pahalgam unbeantwortet, doch schon jetzt steht fest: Die indisch-pakistanischen Beziehungen befinden sich seither auf einem historischen Tiefpunkt. Die jüngste Eskalation führte zu Gefechten entlang der Grenzlinie und gegenseitigen Luftangriffen auf vermeintlich militärische Ziele, bei denen Dutzende Menschen getötet wurden.

Die Brisanz der aktuellen Krise wird auch dadurch deutlich, dass Indien nur einen Tag nach dem Anschlag den Indus-Wasservertrag aufkündigte. Dieses zentrale Abkommen zur Nutzung der Ressourcen des Indusbeckens hatte seit 1960 alle diplomatischen Krisen überstanden. Während sich der Subkontinent für einen weiteren Hitzesommer wappnet, droht Pakistan dadurch eine dramatische Wasserknappheit. Entsprechend empfindlich reagierte Islamabad und warf dem Nachbarn vor, die Ereignisse von Pahalgam als Vorwand für einen lange geplanten Schritt zu nutzen. Ein Ex-Außenminister zürnte: „Entweder wird unser Wasser fließen oder das Blut der Inder.“ Diese Militarisierung von Wasser gibt einen düsteren Vorgeschmack auf die Zukunft der Region – und darüber hinaus.

Pakistan ist unterdessen aus dem 1972 geschlossenen Shimla-Abkom-

men ausgetreten, das bislang als Rahmen für die bilaterale Konfliktbeilegung beider Länder diente und unter anderem die Waffenstillstandslinie regelte, die Kaschmir faktisch in einen indischen und einen pakistanischen Teil trennt. Immerhin: Am 10. Mai wurde überraschend eine von den USA vermittelte Waffenruhe verkündet – ein Signal, dass trotz chauvinistischer, ethnoreligiös aufgeladener Kriegsrhetorik auf beiden Seiten offenbar kein ernsthaftes Interesse an einem unkontrollierbaren Flächenbrand besteht.

Dennoch ist der jahrzehntealte Konflikt damit keineswegs entschärft. Der Anschlag ereignete sich vor dem Hintergrund eines komplexen geopolitischen Amalgams – bestehend aus der indischen Kolonialisierung Kaschmirs, der historischen Feindschaft zwischen Indien und Pakistan, innerpakistanischen Krisen, weltpolitischen Entwicklungen und nicht zuletzt dem anhaltenden Streben der Kaschmiris nach Selbstbestimmung.

Seinen Ausgang nahm der Kaschmirkonflikt bereits mit der Dekolonialisierung Britisch-Indiens 1947, nach der die indischen Fürstenstaaten entscheiden mussten, welchem der beiden neuen Nationalstaaten sie sich anschließen würden: dem mehrheitlich hinduistischen, aber säkularen Indien oder Pakistan als künftiger Heimstätte für die Muslime des einstigen British-Raj. Der überwiegend muslimische, aber von einem hinduistischen Maharadscha regierte Fürstenstaat Jammu und Kaschmir – auf dem Gebiet des heutigen Kaschmir – entschied sich zunächst für die Unabhängigkeit. Nach dem Einfall pakistanischer Stammesmilizen bat der Maharadscha Delhi jedoch um militärische Unterstützung und erklärte im Gegenzug den Beitritt zu Indien. Diese Entscheidung erkannte Pakistan nicht an, sie führte zum ersten von vier indisch-pakistanischen Kriegen. Der erste Krieg endete mit der bis heute bestehenden Waffenstillstandslinie, nicht aber in einer dauerhaften politischen

Lösung des Konflikts. Eine von der UNO 1948 geforderte und von Indien versprochene Volksabstimmung über die Zukunft Kaschmirs fand indes nie statt. Seither wahren verschiedene bilaterale Abkommen und Mechanismen den fragilen Frieden zwischen den Erzrivalen, die jeweils Anspruch auf das gesamte Kaschmir erheben.

Die geopolitisch bedeutsame Region zwischen Indien, Pakistan und China ist auch deshalb so umkämpft, weil sie zentral für die nationalen Identitätsdiskurse Pakistans und Indiens ist. Pakistan, einst als Staat für die Muslime des Subkontinents gegründet, sieht sich als der natürliche Souverän der Kaschmir-Region. Für Indien war der einzige mehrheitlich muslimische Bundesstaat dagegen lange ein wirkmächtiges Symbol der eigenen säkularen Vielfalt. Die Hauptlast des seit Jahrzehnten andauernden Konflikts, der schon rund 70 000 Menschenleben forderte, tragen unterdessen die Kaschmiris.

Indiens verschärfte Kolonialisierung

Ein Schlüsselmoment, das die aktuelle Lage verstehen hilft, ereignete sich im August 2019. Damals setzte die indische Regierung unter dem hindunationalistischen Premierminister Narendra Modi ein zentrales Wahlversprechen um: die einseitige Aufhebung der Autonomie des Bundesstaates Kaschmir. Nur unter der Bedingung dieses in der indischen Verfassung garantierten Sonderstatus war Kaschmir überhaupt erst der indischen Union beigetreten. In der Folge wurde der Bundesstaat aufgelöst und in zwei Unionsterritorien aufgespalten, die seither direkt der Zentralregierung in Delhi unterstehen.

Die umstrittene, handstreichartige Aktion wurde von der Entsendung von 50 000 Soldaten begleitet – zusätzlich zu den Hunderttausenden, die ohnehin schon in der Region stationiert waren. Internet- und Telefonverbindungen wurden gekappt, eine Ausgangssperre ver-

hängt, lokale Medien zensiert und die politische Elite des Bundesstaats durch tausendfache Verhaftungen ausgeschaltet. Quasi über Nacht verwandelte sich Kaschmir damit in ein Gebiet, in dem nächtliche Razzien, willkürliche Verhaftungen oder Tötungen durch das indische Militär allgegenwärtig sind. Begleitet wird diese Militarisierung von einer beschleunigten kolonialen Durchdringung: Der Bau großer Staudämme soll die mächtigen Flüsse der Region zähmen und ihr Wasser kontrollierbar machen. Gleichzeitig wird das fragile Ökosystem der Himalaya-Region der Ausbeutung durch indische Großkonzerne preisgegeben, während das Land für die gezielte Ansiedlung von Menschen aus dem indischen Kernland geöffnet wird. Premier Modi begründete sein Vorgehen mit der Behauptung, die Autonomie Kaschmirs sei für sämtliche Missstände der Region verantwortlich. Zugleich versprach er wirtschaftlichen Aufschwung und prophezeite ein „Neues Kaschmir“, in dem Tourismus an die Stelle von Terrorismus treten und nicht nur Bollywood-, sondern auch internationale Filme gedreht werden würden.

Für die Kaschmiris ist bei alledem nicht mehr als eine Statistenrolle vorgesehen. Ihre Bestrebungen nach Selbstbestimmung werden von der politischen Elite Indiens konsequent mit den Interessen Pakistans und dessen Versuchen regionaler Destabilisierung gleichgesetzt – und als Ausdruck mangelnder Dankbarkeit gegenüber indischer Großzügigkeit diskreditiert.

Delhi verkündete unterdessen eine Rückkehr zur „Normalität“, als deren sichtbarsten Ausdruck die Regierung den florierenden Tourismus heranzieht. Tatsächlich verzeichnete Kaschmir 2024 3,5 Millionen Besucher – die höchste Zahl seit zehn Jahren. Kritiker warnen indes, dass Touristen infolge dieses Narrativs zu Anschlagzielen würden, schließlich ist eine politische Lösung des Konflikts weiterhin nicht in Sicht. Insofern war der jüngste An-

schlag, von dem sich die kaschmirische Zivilgesellschaft mit Mahnwachen und einem Massenstreik klar distanzierte, ein Präzedenzfall, waren gezielte Angriffe auf Touristen in Kaschmir zuvor doch äußerst selten. Unter den militanten Gruppen hatte es bislang eine unausgesprochene Übereinkunft gegeben, Touristen zu schonen, da ein erheblicher Teil der Kaschmiris direkt oder indirekt vom Tourismus lebt.

In Indien, das nach elf Jahren hindu-nationalistischer Regierung tief entlang religiöser Linien gespalten ist, fielen die Bilder des ethnoreligiös motivierten Anschlags auf den fruchtbaren Boden lang gehegter antimuslimischer Ressentiments. Mitglieder der größten Minderheit des Landes werden regelmäßig als potenzielle Terroristen stigmatisiert und es wird suggeriert, das Leben von Hindus sei latent bedroht. Infolge des Anschlags in Pahalgam überschlug sich die politische Elite Indiens denn auch mit hysterischer und bellizistischer Rhetorik.

Im nationalen Fernsehen forderte ein berühmter Kommentator etwa eine „Endlösung“ für Kaschmir; Nachrichtensender verbreiteten Hashtags wie #DestroyPakistan. Premier Modi versprach martialisch, die Verantwortlichen „nicht zu verschonen“ und „bis ans Ende der Welt“ zu verfolgen. Medienmacher, Experten, Militärs und Regierungsvertreter ziehen dabei regelmäßig Parallelen zum Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und fordern, sich ein Beispiel an der verheerenden Kriegsführung Israels in Gaza zu nehmen. Infolgedessen nahm die ohnehin omnipräsente Alltagsgewalt gegen Muslime und speziell gegen Studierende aus Kaschmir rasant zu.

Pakistans Generäle in Bedrängnis

In Pakistan richten sich derweil alle Blicke auf Armeechef Asim Munir, den mächtigsten Mann des Landes. Seit langem bilden die Streitkräfte hier das

eigentliche Machtzentrum, während die zivilen Premiers oft Regierungschefs von Gnaden der Generäle sind – so auch der amtierende Shehbaz Sharif.

Der streng religiöse Munir, der wie wenige seiner Vorgänger die Symbiose aus politisch-instrumentalisiertem Islam und Armee verkörpert, ist derzeit mit verschiedenen Krisenherden konfrontiert, in deren Folge sich die Beliebtheit der Armee auf einem Allzeittief befindet. Viele Pakistanis machen das Militär für die politische und wirtschaftliche Krise des vom Klimawandel gebeutelten Landes verantwortlich. Zudem verlieren die Sicherheitskräfte zunehmend die Kontrolle über die belutschische Separatistenrebellion und die islamistischen Aufstände in der Grenzregion zu Afghanistan. Parallel dazu hat Pakistan mit dem versiegenden „Krieg gegen den Terror“ für die USA an Bedeutung verloren. Die traditionellen Geldgeber vom Golf wenden sich derweil zunehmend Indien zu, während der Verbündete China Islamabad wegen schleppender Infrastrukturprojekte Druck macht.

Angesichts einer tiefgreifenden Legitimationskrise und zunehmender geopolitischer Isolation vermuten Beobachter, Munir könnte den Kaschmirkonflikt gezielt anheizen, um einen begrenzten militärischen Konflikt mit Indien zu provozieren und so die Bevölkerung hinter der Armee zu vereinen. Pakistan könnte sich auf diese Weise zugleich wieder als wichtige Regionalmacht etablieren. Ein solches zynisches Kalkül erscheint umso plausibler, als sich die indischen Streitkräfte inmitten einer umfassenden Modernisierung befinden und sich das militärische Kräfteverhältnis perspektivisch zu Islamabads Ungunsten entwickeln dürfte, das seinerseits allerdings über moderne chinesische Jets und Raketen verfügt. Anlass für solche Vermutungen bietet eine Rede, die Munir nur eine Woche vor dem Angriff von Pahalgam hielt, in der er Kaschmir als „Halsschlagader“ Pakistans bezeich-

nete und verkündete: „Im Kampf gegen die indische Besatzung werden wir unsere Brüder in Kaschmir nicht im Stich lassen.“ Munir stellte den Konflikt zwischen Indien und Pakistan dabei als zivilisatorische Auseinandersetzung zwischen Muslimen und Hindus dar, die sich so fundamental unterschieden, dass sie nur in getrennten Staaten leben könnten.

All das zeigt: Die hochgerüsteten Nachbarn Indien und Pakistan sind weiterhin gefangen in den Logiken eines postkolonialen Nationalstaatsdenkens, das auf nationale Einheit, territoriale Integrität und die Projektion von Stärke setzt. Die indische Teilung von 1947 – der Geburtsfehler beider Nationalstaaten, der letztlich auch auf die britische divide-et-impera-Politik zurückgeht –, beruhte auf ethnoreligiöser Spaltung statt auf multikultureller Gemeinschaft, die dem historischen Erbe der Region weit mehr Rechnung getragen hätte. Ihre weitreichenden Folgen lasten bis heute schwer auf Südasien.

Die politischen Eliten in Indien und Pakistan haben früh erkannt, dass sich die Kaschmirfrage instrumentalisieren lässt, um die eigene, brüchige Legitimität zu untermauern und von den zahlreichen inländischen Problemen abzulenken. Dass in Pakistan momentan ein streng religiöser General das Sagen hat und in Indien hinduistische Ethnonationalisten, verschärft die Situation zusätzlich – denn beide betrachten den postkolonialen Konflikt durch das Prisma vermeintlich unüberbrückbarer Unterschiede zwischen Muslimen und Hindus.

Dabei können sich weder Indien noch Pakistan einen großen Krieg leisten. Im Gegenteil: Angesichts des in Südasien rapide voranschreitenden Klimawandels wären Kooperation und regionale Stabilität notwendiger denn je. Eine fortgesetzte Eskalation würde keine Sieger, sondern nur Verlierer hervorbringen sowie enormes menschliches Leid. Niemand weiß das besser als die Menschen in Kaschmir.